

Staatshilfe für Schaeffler

Bezirksvorstand der Unterfranken-SPD spricht sich für staatliche Unterstützung aus

Im Rahmen der Bezirksvorstandssitzung der unterfränkischen SPD am Samstag, den 28.02.2009 in Würzburg beriet der Vorstand über mögliche Staatshilfen für die angeschlagene Schaeffler-Gruppe.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei Schaeffler, Norbert Lenhard, der auf Einladung des SPD-Bezirksvorsitzenden Frank Hofmann, MdB (Volkach) an der Sitzung teilnahm, äußerte die Befürchtung, dass die Firma in den nächsten Monaten nicht mehr über ausreichende liquide Mittel verfüge und somit die Insolvenz und eine Zerschlagung von Schaeffler drohe. In Deutschland könnten somit bis zu 30.000 Arbeitsplätze verloren gehen, die nie wieder in Deutschland entstünden. Aus volkswirtschaftlicher Sicht spreche daher einiges für Staatshilfen.

Dieser Meinung Lenhards schloss sich auch der Bezirksvorstand an.
"Unter der Bedingung, dass die Familie Schaeffler und die Banken in Verantwortung genommen werden und die Mitbestimmung nach dem Vorbild des VW-Gesetzes ausgebaut wird, spricht sich der Bezirksvorstand der SPD-Unterfranken für eine Beteiligung des Staates aus", heißt es in einem einstimmig verabschiedeten Antrag.

Frank Hofmann betonte jedoch, dass im Zusammenhang mit Staatshilfen für Schaeffler klar sei, dass die SPD "nicht Frau Schaeffler und deren Nerzmantel retten will, sondern die Arbeitsplätze in Franken, Bayern und Deutschland, weil in der Schaeffler-Gruppe durch das Zusammenspiel von Elektronik (Conti) und Mechanik (Schaeffler) maßgeblich an der Entwicklung und Produktion des Auto des 21. Jahrhunderts ein großes industriepolitisches Potential steckt. Die Solidarität der SPD gilt den Arbeitnehmerinnen und Arbeiternehmern und deren Familien."